Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

NEUER BUNDESTAG IN BONN

Die Wahl des neuen Bundestages, der am 17. September zum vierten Male bestellt wurde, setzt in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine Zäsur: der Herrschaft Bundeskanzler Adenauers, dessen *Christlich-Demokratische Union* vor vier Jahren die *absolute Mehrheit* gewonnen hatte, ist diese einmalige Basis wieder entzogen worden. Der Anteil der CDU an Wählerstimmen ist von 50,2 Prozent am 15. September 1957 auf 45,3 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Parlamentssitze beträgt 241 — das Resultat des Urnengangs im Wahlkreis Cochem vom 1. Oktober steht noch aus — gegenüber 270 im letzten Bundestag. Wenn die CDU der eigentliche Verlierer der Wahlen ist, obgleich sie weiterhin die stärkste Partei der Bundesrepublik bleibt, so sind die *Freien Demokraten* die großen Gewinner vom 17. September. Sie haben ihren Stimmenanteil von 7,7 auf 12,7 Prozent erhöht und ihre Fraktion um 25 auf 66 Mann verstärkt. Die katastrophale Niederlage von 1957, die durch den Widerstand gegen Adenauers Außenpolitik, Austritt aus der Koalition, Opposition gegen die Regierung und Parteispaltung verursacht worden war, ist damit überwunden.

Auch die *Sozialdemokraten* haben Gewinne erzielt, indem ihr prozentmäßiger Anteil von 31,8 auf 36,3, die Zahl der Mandate vorläufig von 169 auf 190 gestiegen ist. Aber dieser respektable Vorstoß steht doch hinter den Erwartungen und Hoffnungen zurück, die man sich in den letzten Wochen der Wahlkampagne im SPD-Hauptquartier gemacht hatte. Die *Gesamtdeutsche Partei*, in der die Vertriebenen zum Teil ihre Vertretung hatten, vermochte die Fünfprozentklausel ebensowenig zu überwinden wie rechtsradikale Gruppen oder die *Deutsche Friedensunion*, eine von Pazifisten getragene und von Kommunisten durchsetzte Neugründung. Damit werden im neuen Bundestag, der in der zweiten Oktoberhälfte zusammentreten wird, nur noch *drei Parteien* vertreten sein.

Nicht außenpolitische Argumente bewirkten die Stärkung der FDP auf Kosten der CDU: offenbar wollten viele Wähler dem Monopol der allein regierenden Partei Adenauers ein Ende bereiten. Dazu kam die Kritik am konfessionellen Charakter der CDU, den die Freien Demokraten in ihrer Wahlpropaganda geschickt auszunutzen verstanden. Die Auswirkungen der *Berlinkrise* sind dagegen in erster Linie der Sozialdemokratie und ihrem Spitzenkandidaten *Willy Brandt* zugute gekommen. Sie stellten den Regierenden Bürgermeister in einem Augenblick großer Bedrohung Berlins auf die weltpolitische Bühne, wo er durch seine Haltung über die Reihen der SPD hinaus Sympathien erwarb. Der Bundeskanzler als Partner im Wahlduell schadete sich dagegen selbst, sogar im eigenen Lager, indem er sich trotz veränderter außenpolitischer Lage nach dem 13. August Entgleisungen im Wahlstreit leistete.

Bei der Bildung der neuen Bundesregierung kommt den gestärkten *Freien Demokraten* die Rolle eines *unentbehrlichen Koalitionspartners* zu. Dies wird für die CDU wohl bereits bei der Wahl des Bundeskanzlers von Bedeutung sein; Mende, der Vorsitzende der FDP, ließ schon verlauten, daß ihm Erhard als Regierungschef lieber wäre als Adenauer. Auch bei der Gestaltung des außenpolitischen Kurses wird sich die FDP ihrer Schlüsselposition bewußt bleiben. Mit dem Verlust der absoluten Mehrheit und dem Spiel zwischen den Koalitionspartnern kommt ein Faktor *relativer Unstabilität* in die westdeutsche Politik, die durch eine Ablösung Adenauers nach zwölfjähriger Herrschaft, besonders in diesen Monaten großer Gefährdung, noch verschärft werden müßte.

Schwankende Neutralisten in Belgrad

Nicht nur die deutschen Bundestagswahlen gerieten in den Schatten der verschärften

Ost-West-Spannung: auch die Neutralisten, die sich Anfang September für fünf Tage in Belgrad versammelten, mußten sich mit der brüsken *Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche* durch die Sowjetunion und mit dem *Berlinkonflikt* beschäftigen. Gastgeber der Neutralisten aus Afrika und Asien, zu denen sich auch der kubanische Präsident Dorticos gesellte, war *Präsident Tito*. Der jugoslawische Diktator feierte mit dem bunten Völkertreffen einen Höhepunkt seiner politischen Karriere. Eigentlich hatte gemeinsam mit dem anderen Hauptinitianten Nasser der Versuch unternommen werden sollen, die Position des *neutralistischen Zwischenblocks* zwischen Ost und West zu stärken, der Washington und Moskau gegenüber einigermaßen geschlossen auftreten würde. Die Vielfalt der Interessen, die die Teilnehmer vertraten, und die Demonstrationen sowjetischer Machtpolitik schmälerten aber diese ehrgeizigen Pläne.

Die *Schlußdeklaration* der Belgrader Konferenz ist ein Konglomerat recht theoretischer Postulate, in denen der Kampf gegen den Kolonialismus, für die Emanzipation und Selbständigwerdung der neuen Völker gefordert werden. Die Neutralisten bekennen sich zur friedlichen Koexistenz; die Rassendiskriminierung hat zu verschwinden; fremde Militärstützpunkte sollen aufgehoben werden. Die Terminologie der Belgrader Konferenz ist beträchtlich von der kommunistischen Ideologie gefärbt. Die deutsche Frage wird einzig in dem *Friedensappell* erwähnt, für den sich vor allem Premierminister Nehru einsetzte und den er selber mit Kwame Nkrumah Chruschtschew in Moskau überbrachte; Sukarno und Modibo Keito, der Präsident von Mali, überreichten den Appell im Weißen Haus.

Was im Westen ernüchternd, ja verstimmend wirkte, war die *ausweichende Stellungnahme* in der Frage Berlins und der Kernwaffenversuche. Die brutale Machtdemonstration Chruschtschews, der am Vorabend der Konferenz die Wiederaufnahme der Kernversuche ankündigte, tat ihre Wirkung. Vielerorts im Westen hatte man eine moralische Verurteilung dieser einseitigen Maßnahme Moskaus erhofft; aber für die Neutralisten, die aus dem West-Ost-Konflikt ihre materiellen Vorteile ziehen, sind direkte Machtkundgebungen bestimmender als ehrliche und gutgemeinte Intentionen. So fehlte eine klare Verurteilung der neuen sowjetischen Kernversuche — anderseits freilich auch eine Befürwortung des sowjetischen «Troika»-Systems für die UN. In Washington war man insbesondere enttäuscht über die *Schwenkung Titos*, der weitgehend die sowjetischen Forderungen in der Deutschlandpolitik vertrat und für die Kernwaffenpolitik Moskaus Verständnis zeigte; da Titos Staat vom Gleichgewicht zwischen Ost und West lebt, spiegeln sich auch alle Verschiebungen in den Erklärungen des Marschalls. Da man sich aber in der Kernwaffenfrage und in der deutschen Frage nicht zu einigen vermochte, unterblieben präzise Formulierungen und Hinweise in den Dokumenten. Für die Bundesregierung in Bonn, die sich angesichts der eindeutigen Gewaltakte Ulbrichts ein Votum für ihre Sache erhofft hatte, bedeuten viele der Reden in Belgrad eine Enttäuschung, die im Hinblick auf die Entwicklungshilfe Westdeutschlands an viele dieser Neutralisten noch bitterer ist.

Krieg der UN gegen Tschombé

Das wachsende Gewicht der Neutralisten in der Weltpolitik, vor allem aber im Weltparlament, der Generalversammlung der UN, ließe sich an den Hintergründen illustrieren, die zu den Kämpfen zwischen den Blauhelmen und den Truppen Tschombés im Katanga führten. *Generalsekretär Hammarskjöld*, der seit der Intervention der UN in der Kongokrise unter dem Beschuß der Sowjetunion und ihrer Satelliten stand, mußte sich das Vertrauen der Neutralisten bewahren, um in der Generalversammlung dieses Herbstes über die erforderliche Mehrheit zu verfügen. Deshalb der Kampf gegen Präsident Tschombé, der für die Neutralisten eine Art neokolonialistischer Popanz darstellt. Indem Hammarskjöld aktiv mit der Zentralregierung von Léopoldville gegen den von der «Union Minière» getragenen Sezessionisten Tschombé vorging, demonstrierte er Afrikanern und Asiaten seine Unterstützung und Sympathien

für den neuen Nationalismus des Schwarzen Afrika.

In den ersten Augusttagen war nach großen Bemühungen der UN-Funktionäre die Bildung einer neuen Zentralregierung unter Ministerpräsident *Cyrille Adoula* zustandegekommen. *Antoine Gizenga*, Chef der Regierung der Ostprovinz in Stanleyville, wurde das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten übertragen. Gizenga anerkannte die Oberhoheit Adoulas, was ihn aber nicht hindert, weiterhin diplomatische Vertretungen der Ostblockstaaten sowie Ghanas und Guineas in Stanleyville zu dulden. Während Gizenga der Zentrale in Léopoldville gegenüber geschickt operierte, versteifte sich Tschombé in seinem Widerstand gegen Adoula und die Ratgeber der UN. An dem Tag, an dem sich Generalsekretär Hammarskjöld nach Léopoldville aufmachte, wollte sein Vertreter in Elisabethville, der irische Diplomat und Schriftsteller *Conor O'Brien*, nach vorliegenden Berichten ein Fait accompli schaffen. Man weiß nicht genau, wer den ersten Schuß ausgelöst hat; jedenfalls aber waren die Blauhelme der UN zur Machtübernahme im Katanga bereit, nachdem die UN zwei Wochen zuvor durch die Ausweisung der ausländischen Kader die Gendarmerie Tschombés und seines Innenministers Munongo entscheidend geschwächt hatten.

Die UN erhielten nachträglich den Segen Washingtons und Delhis für ihre Aktion. Dagegen protestierte ein afrikanischer Regierungschef, Ministerpräsident Mamadou Dia von Senegal, gegen das Vorgehen der irischen, schwedischen und indischen Einheiten. Weite Teile der *englischen Presse* übten scharfe Kritik an den Bevollmächtigten Hammarskjölds, deren Maßnahmen im Gegensatz zur Resolution der UN-Generalversammlung stünden, wonach alle Mittel anzuwenden seien, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Während man die geordneten Verhältnisse im Katanga und seine betriebsfähige Wirtschaft gewaltsam zerrütte, lasse man das nicht minder autonome Stanleyville, das eine politische Gefahr darstelle, ungeschoren.

Hammarskjölds schwierige Nachfolge

Während die UN-Soldaten in Elisabethville und Jadotville unter den Angriffen der katangischen Gendarmerie in Bedrängnis geraten, ist — kurz vor Abschluß dieses Berichts — *Generalsekretär Hammarskjöld* in Rhodesien im Flugzeug *tödlich abgestürzt*. Er wollte sich mit Präsident Tschombé treffen, um durch eine Vereinbarung die unseligen Kämpfe im Katanga zu beenden. Der Tod des Generalsekretärs trifft die Weltsicherheitsorganisation in einer ihrer *kritischsten Phasen*. Die Kongo-Aktion der UN drohte von Anfang an die Grenzen ihres Mandats zu überschreiten; mit dem Konflikt zwischen Léopoldville und Elisabethville wurde eine bewaffnete Intervention von UN-Einheiten Tatsache. Das plötzliche Ende des rastlos tätigen ersten Beamten der UN in Afrika wirkt wie ein Symbol für das Scheitern einer überdimensionierten Befriedungsmission.

Stärker noch als im Kongo wird der Verlust Hammarskjölds im Generalsekretariat der UN und in der Generalversammlung spürbar sein. Das künftige Schicksal der UN ist gefährdeter denn je. Die Weltorganisation samt Amt und Person des Generalsekretärs war seit Jahresfrist pausenlos *sowjetischen Angriffen* ausgesetzt. Der Schwede hatte mit Mut und Entschiedenheit diese Kampagne abgewehrt und wie schon im Mittleren Osten und in anderen Krisenzonen zäh für die vermittelnde, versöhnende Mission der UN gekämpft. Es läßt sich nicht denken, daß Hammarskjölds Tod Moskau davon abhalten könnte, seine Attacke gegen die UN und das Generalsekretariat einzustellen.

Picus

UN NACH WESTBERLIN

Wir publizieren die im folgenden Bericht unseres langjährigen und vorzüglich orientierten Mitarbeiters dargelegten Vorschläge als dessen persönliche Ansicht, die er gerne zur Diskussion stellen möchte.

Die Redaktion

So wie die Dinge lokal und international liegen, sieht die Sache Westberlin ausgesprochen schlecht aus. Denn wenn die Westmächte den heutigen Status und Charakter dieser Stadt für die Zukunft sichern wollen, müssen sie auf eine harte Kraftprobe vorbereitet werden, die auf die Dauer weder der hiesigen Bevölkerung noch der Öffentlichkeit des Westens zugemutet werden kann. Am Ende eines solchen, vielleicht sehr langen Tauziehens würde der Westen kapitulieren, weil nur das Risiko des Krieges, den niemand wegen Berlin auf sich nehmen könnte, die Situation so oder so klären würde. Es ist auch sehr fraglich, ob die Nerven der Berliner nach dem Schock vom 13. August und nach alldem, was hernach an Vertrauen zum Westen verloren gegangen ist, noch so stark sind, daß man eine sicherlich sehr harte und mit tausend Schikanen und Entbehrungen verbundene Auseinandersetzung mit den Sowjets und den ostdeutschen Kommunisten wagen sollte. Man müßte diese Frage sehr nüchtern und gewissenhaft prüfen und sich dabei eher auf die erkennbaren negativen Erscheinungen als auf die optimistischen, aber stark vom Wunschdenken bestimmten Äußerungen stützen. Die Niederlage, die der Westen am 13. August und seither praktisch tagtäglich in Berlin erlitten hat, zwingt zu vorsichtigen Diagnosen und noch mehr zu einer klugen und behutsamen politischen Therapie, damit der geschwächte Patient — wie es eben einmal Westberlin geworden ist — nicht an einem plötzlichen Herzkollaps oder auf die Dauer an einem allmählichen Kräfteschwund zusammenbricht.

Die damit zusammenhängenden Fragen müssen in der freien Presse des Westens gründlich diskutiert werden, auch wenn es bei manchen deutschen Stellen, sowohl in Berlin wie auch in Bonn Tendenzen gibt, die einer solchen offenen Aussprache nicht besonders wohlwollend entgegensehen. Dies ist durchaus verständlich, aber sie kann und darf nicht für die Presse maßgeblich sein. Denn wir können mit Rücksicht auf die ostzonale Propaganda, die aus jedem Bericht und aus jeder Analyse über die Lage Berlins sich das herauspickt, was ihr für ihre demoralisierenden Zweckthesen einer psychologischen Kriegführung genehm ist, keine Rücksicht nehmen. Jede Verschönerung und jedes Augenzudrücken bei den Betrachtungen der komplizierten Verhältnisse haben sich immer für die Befürworter solcher Methoden sehr schädlich erwiesen. Schließlich sind die Berliner heutzutage für strenge realistische Erörterungen der Situation, auch wenn sie alle Nachteile jeglicher denkbaren Lösungen zum Vorschein bringen; empfänglicher auch für jede Schönfärberei und moralische Rückenstärkung, hinter denen nichts als pure Phrasen stehen.

Die Menschen hier haben ihre Existenz aufgebaut, haben geschuftet, produziert und konsumiert, stets im Glauben an die westliche Politik der Stärke. Ihr vorsichtiger, keineswegs grenzenloser Optimismus war auf vier Faktoren gestützt: die alliierten Garantien, die Präsenz der Truppen der drei Westmächte, die freien und unkontrollierten Luftverbindungen und schließlich die wirtschaftliche Verbindung mit der Bundesrepublik auf der Grundlage der gleichen Währung. Das sind die Grundelemente, welche für die Haltung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Westberlins zutreffen. Die Teilung der Stadt war für die meisten seit Juli eine Realität und deshalb soll man die Auswirkungen der völligen Annexion Ostberlins durch das Ulbricht-Regime in nationaler Hinsicht etwas nüchterner sehen, als das vielerorts seit dem 13. August geschieht. Die Westberliner — mit Ausnahme einer politischen Elite, die in der bisherigen Funktion Westberlin als eine Stadt der Ost-West-

Begegnungen sahen, ferner kirchlicher Stellen, denen es um die Einheit der evangelischen Kirchen Deutschlands ging, und schließlich der durch berufliche, familiäre und freundschaftliche Konnexionen mit den Landsleuten im Ostsektor verbundenen Westberliner, waren sich die meisten Westberliner über die machtpolitische Einbeziehung Ostberlins in die Sphäre des Ostblocks und um die faktische Abtrennung des sowjetischen Sektors von der übrigen Stadt voll bewußt.

Folglich ist der Schock über die Abriegelung des Ostsektors nicht wegen der Tatsache als solcher, sondern vielmehr wegen der Methoden und Begleitumstände entstanden. Wären die alliierten Panzer sofort am Sonntagmorgen, dem 13. August, an den Sektorengrenzen aufgefahren und hätten dort Stellung bezogen und wären die Außenminister der drei Westmächte spätestens nach 24 Stunden nach Berlin gekommen und hätten die Garantieerklärungen für Westberlin wiederholt, so wäre der erschreckende Schwund an Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der westlichen Schutzmächte wahrscheinlich gar nicht und wenn überhaupt, dann nur in einem minimalen Umfang, eingetreten. Dieser *psychologische Fehler* Kennedys, Macmillans und de Gaulles ist heute irreparabel. Sogar wenn alle drei Staatschefs heute hierher kommen würden und wenn sie drei Divisionen nach Westberlin entsenden würden, das Mißtrauen könnte nicht gebannt werden. Es ist in die Gehirnsubstanz der Berliner eingedrungen und hat sich dort abgelagert und ist heute ein Teil des neuen politischen Bewußtseins geworden. Nun geht es aber darum, ob sich diese Elemente in der Gehirnmasse der Bevölkerung allmählich durch ähnliche Ablagerungen vergrößern werden und durch die Gedankenwelt, durch Vorstellungen und Phantasie und nicht zuletzt durch die Träume von zwei Millionen Menschen beherrscht werden, oder ob sie durch ein politisches Handeln des Westens zunächst eine konstante Form bewahren und allmählich durch andere Elemente überlagert werden. In ersterem Falle müßten wir mit verheerenden Folgen, mit der Zunahme einer um sich greifenden und ansteckenden Panikstimmung und schließlich mit einem Massenexodus der wertvollsten Teile der Bevölkerung — vielleicht bis gegen einige hunderttausend Menschen — rechnen. Gewiß, die Mehrheit der Bevölkerung würde hier bleiben, aber als eine mutlose, demoralisierte, vom schlimmsten Defaitismus befallene amorphe Masse, die ohne Widerstand und vielleicht sogar mit resignierter Zustimmung eine schnelle Inkorporation in die DDR hinnehmen würde.

Im zweiten Falle könnte hingegen die kritische psychische Verfassung der Bevölkerung noch einigermaßen abgefangen werden, und Westberlin würde, wenn auch unter veränderten Verhältnissen, seine Lebenfähigkeit, Vitalität und, was noch wichtiger ist, einen neuen Inhalt und Sinn seiner Existenz finden. Gerade durch dieses letzte Grundelement wären alle Interimsabkommen mit den Sowjets kraftlos, weil ihnen das nackte Leben davonlaufen würde. Man muß daran denken, daß für die meisten Westberliner ihre Heimatstadt seit der Trennung der kommunalen Behörden und den sonstigen Abschnürungsmaßnahmen nach der Blockade als ein vorgeschobener politischer Punkt des Westens und eine für die östlichen Landsleute attraktive Stätte auch im Sinne der Wiedervereinigungspolitik galt. Chruschtschew und Ulbricht, Gomulka und sogar Mao Tsetung sind sich darüber einige, daß man diesen Charakter Westberlin rauben muß. Der Westen wird aber infolge der Versäumnisse, die auf dem Gebiet der völkerrechtlichen Abmachungen in der Vergangenheit erfolgt sind, und auf Grund der machtpolitischen Verschiebungen der letzten Jahre und schließlich angesichts der schweren Fehler, die in den letzten Wochen begangen worden sind, nicht im Stande sein, die Kraftprobe mit dem Osten zur Wiederherstellung der ursprünglichen Mission dieser Stadt erfolgreich durchzustehen. Um den bisherigen Charakter Westberlins voll zu bewahren und den sonst bei einem faulen Kompromiß unabwendbaren Exodus und schließlich die Kapitulation seiner Bevölkerung zu verhindern, müßte das Risiko eines Krieges voll einbezogen werden, der nach den letzten Verschiebungen der sowjetischen Divisionen rein konventionell geführt, höchstwahrscheinlich mit

einer Niederlage des Westens auf dem europäischen Kontinent enden würde. Seine Ausweitung zu einem atomaren Unglück muß natürlich mit Rücksicht auf die lebenden und kommenden Generationen und die materiellen sowie kulturellen Werte, die auf dem europäischen Boden aus allen bisherigen Kriegen herübergerettet werden konnten, vermieden werden.

Was bleibt also übrig? Solange keine größeren und komplexeren Lösungen der deutschen Frage, einschließlich einer politischen gesamtdeutschen Funktion, für Berlin in Sicht sind, muß für Westberlin eine Lösung gefunden werden, die weder dem sowjetischen Plan der provisorischen Freistadt noch dem nicht mehr zu haltenden westlichen Standpunkt entsprechen würde. Dafür wäre, so wie die Dinge bestellt sind, nur die *Verlegung des UN-Sitzes nach Westberlin* mit einer gleichzeitigen *Internationalisierung der Stadt* und einer *Freilegung* des ebenfalls unter *internationaler Kontrolle gestellten Korridors notwendig*. Die Zugangswege an bestimmten Übergängen müßten von den UN überwacht und die entsprechenden Visa und Sichtvermerke dürften nur von den UN-Beamten ausgestellt werden. Westberlin könnte die mit der Verlegung des UN-Sitzes verbundenen Aufgaben relativ rasch bewältigen. Bis zum Bau eines repräsentativen Hauptquartiers für die Organisationen der Vereinten Nationen könnten die Messehallen am Funkturm bzw. die Deutschlandhalle als Forum für Plenarsitzungen dienen. Die Hotels und Privatwohnungen würden sowohl den ständigen Stab der Organisation wie auch die Delegationen während der Generalversammlungen beherbergen können.

Die schwierigste Frage würde neben dem freien Zugang sich nicht so sehr um die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UN drehen, als um ein anderes Problem. Schließlich hat die UN in Genf ihr europäisches Hauptquartier aufgeschlagen, ohne daß die Schweiz ein Vollmitglied der UN geworden ist. Die schwerste Frage würde nämlich mit der wirtschaftlichen Position und mit den währungstechnischen Einzelheiten zusammenhängen. Die Abtrennung Westberlins vom Währungsgebiet der Bundesrepublik würde eine denkbar schlechte Reaktion bei der Bevölkerung und folglich einen ökonomischen Rückschlag nach sich ziehen. Über diesen Punkt müßte man sehr hart und vielleicht sehr lange verhandeln, bis er zufriedenstellend geklärt wird.

Wenn man alle Komponenten der gegenwärtigen Situation berücksichtigt, alle möglichen Vorschläge zur Lösung der Berlinkrise in Betracht zieht und sich Argumente und Gegenargumente, Pro- und Kontra-Stimmen anhört, so kommt man schließlich zur Auffassung, daß diese UN-Lösung, ungeachtet aller Schattenseiten, wahrscheinlich einen Ausweg aus der gefährlichen Situation bedeuten würde und nicht nur dem von beiden Seiten stark engagierten Prestige Rechnung tragen würde, sondern auch für die Westberliner eine konstruktive und lohnende Idee enthalten könnte. Selbstverständlich wäre eine separate Lösung des Berlinkonfliktes auf dieser Grundlage ohne gleichzeitige Entspannung auf den anderen Gebieten brüchig und verdächtig. Denn man kann sich nicht vorstellen, daß sich Westberlin in eine Oase des Friedens verwandeln könnte und daß zugleich Chruschtschew und Ulbricht nach wie vor auf die Zerstörung der Demokratie in Westdeutschland hinzielen würden. In einem solchen Falle würde der ganze Plan mit der Verlegung des Hauptquartiers der UN nach Westberlin völlig sinnlos sein. Aber die Westmächte müßten gerade das in den kommenden Verhandlungen mit Moskau ernsthaft prüfen. Sollte freilich diese Prüfung ein negatives Ergebnis zeitigen, so bliebe dem Westen nichts anderes übrig, als alle Kräfte und Reserven zu mobilisieren, das bisher Versäumte politisch und militärisch nachzuholen und den Kampf gegen die kommunistische Herausforderung auf Biegen und Brechen aufzunehmen. Auch das würde nicht bedeuten, daß der Westen den ersten Schuß abgeben soll, um dem Osten das ersehnte Alibi zu liefern. Eine weltweite Blockade des Warenaustausches ohne jegliche Ausnahme, eine strikte Einstellung des gesamten Verkehrs mit dem Ostblock und die Einstellung aller Kontakte, ungeachtet deren Art und Umfang, würde bei einer strengen Befolgung eines solchen Plans für den Ostblock

ungemein schlimmer als für den Westblock sein. Allerdings müßte man dann genau beobachten, daß durch die sogenannten blockfreien Länder nichts in den roten Block durchschlüpft. Ein solcher Kampf, der zweifellos auch eine Blockade Westberlins zur Folge haben würde, müßte nach allem menschlichen Ermessen mit einem Sieg des Westens enden.

Alexander Korab

TAGUNG DES REFORMIERTEN WELTBUNDES

Unter dem Thema *Der Dienst des Christen im heutigen Europa* tagte die europäische Gebietsversammlung des Reformierten Weltbundes mit rund 170 Teilnehmern in Zürich. Der Ort veranlaßte den Vorsitzenden, Dr. *A. King*, Edinburgh, von einer «Heimkehr zu Zwingli» zu sprechen.

Unter dem Wahrspruch «Lampades multae, una lux» vereinigt der Reformierte Weltbund heute 89 Kirchen. Er umschließt damit annähernd 50 Millionen Christen. Allein in den letzten 13 Jahren hat er besonders durch den Anschluß von afrikanischen Kirchen um 75% zugenommen. Im Bestreben, die Einheit unter den Kirchen mit calvinistisch-zwinglischem Gepräge zu stärken, ist er 1875 gegründet worden. Der Weltbund versteht sich nicht als eine Superkirche, er verfolgt auch nicht irgendwelche zentralistische Tendenzen; er möchte vielmehr die Bestrebungen der einzelnen reformierten Kirchen koordinieren und das gemeinsame Erbe in seiner ganzen Vielfalt pflegen. Periodische Veröffentlichungen dienen der allgemeinen Orientierung. Der Bund will vor allem auch ausgesprochenen Minderheitskirchen dienen; so soll demnächst Calvins Institutio in portugiesischer Sprache erscheinen, einzelne Calvinpredigten werden überhaupt erstmals ediert. In einem großen Wiederaufbauprogramm wurde 1959 Calvins Auditoire in Genf restauriert und den Kirchen zur Verfügung gestellt. Der Reformierte Weltbund unterhält ein ständiges Sekretariat in Genf und ist schon örtlich mit dem Ökumenischen Rat und dem Lutherischen Weltbund eng verbunden. Die alle 5 Jahre zusammentretenden Generalversammlungen — die nächste findet 1964 in Frankfurt a. M. statt — sind eigentliche Höhepunkte im Leben des Weltbundes, ergänzt durch die europäischen und nordamerikanischen Gebietsversammlungen.

Zur europäischen Gebietsversammlung in Zürich konnten auch einige Delegierte aus den östlichen Ländern Europas begrüßt werden, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Polen, Jugoslawien und der DDR. Von den 18 Millionen Reformierten in Europa wohnen dreieinhalb Millionen in Sowjetrußland und in den Volksdemokratien. Um Einreiseschwierigkeiten zu umgehen war ihretwillen die Tagung vom ursprünglich geplanten Montpellier nach Zürich verlegt worden. In Ungarn allein leben 2 Millionen Reformierte, die rumänische Kirche umfaßt 800 000. Mit der größten reformierten Kirche Sowjetrußlands, derjenigen der Karpato-Ukraine, bahnen sich eben erste Kontakte an.

Die Kirchen von Lettland und Litauen waren in Zürich nicht vertreten. Der Superintendent der litauischen Kirche hatte ohne Grundangabe dem Generalsekretär schon im März mitgeteilt, daß seine Kirche keinen Delegierten entsenden könne. Er benutzte aber den Anlaß, der Konferenz nach östlichem Muster die gründliche Betrachtung der Friedensfrage zu empfehlen. Dabei steht er auch ein für die Einstellung aller Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben. Man fragt sich unwillkürlich, ob dieser Passus nach der bewußten Wiederaufnahme dieser Versuche durch Chruschtschew in jüngster Zeit bei einer heutigen Abfassung des Briefes nicht fehlen würde.

Aus der obersten Leitung des Reformierten Weltbundes waren der Präsident, Dr. *R. Lloyd*, USA, und der Generalsekretär, Dr. *Pradervand*, Genf, anwesend. Der Präsident sucht in einer von einer Familienstiftung finanzierten Weltreise die Kontakte zwischen

den einzelnen reformierten Kirchen der Welt enger zu gestalten. Es werden aber auch Beziehungen zu anderen verwandtschaftlichen Kirchenfamilien gepflegt. Die Methodistenkirche, die christkatholische Kirche und die evangelische Gemeinschaft der Schweiz hatten brüderliche Delegationen nach Zürich geschickt.

Das Hauptgewicht der Tagung lag auf den drei Vormittagsvorträgen bedeutender Referenten aus West und Ost. Der erste Sprecher, Dr. *Finet*, sprach zum Thema «Verzweiflung, wie sie heute in Europa in Literatur und Film zum Ausdruck kommt, und die Hoffnungsgründe, die ein Christ inmitten dieser Hoffnungslosigkeit hat». Der bekannte Journalist und Theologe suchte eine Psychoanalyse des heutigen Europa zu geben. Es wird wohl nur wenige Kenner geben, die den Überblick über das gesamte literarische und filmische Schaffen in ganz Europa heute im Auge haben. Der Referent selber stand unter dem Eindruck, auf weiten Strecken Dilettant zu sein. Das Schrifttum eines Pasternak oder Orwell fiel zum Beispiel völlig weg. Auch die Miteinbeziehung der Karikatur und des Witzes wären wohl sehr aufschlußreich gewesen. Die Massenpublikationen sind gekennzeichnet durch ihren Optimismus «Alle Frauen sind schöne, alle Männer sehen aus wie Apoll!». Nur eines fehlt dieser Literatur: Sie ist nicht wahr! Diese Entdeckung muß den Menschen in den geistigen Ruin führen. Diese Art von Literatur ist deshalb verantwortlicher für die Verzweiflung des Menschen als diejenige eines Sartre. Der Referent beanstandete eine gewisse Literatur des Ostens, welche in immer wiederkehrenden Schablonen einen Kapitalismus angreift, der heute in dieser Form gar nicht existiert und auf der andern Seite ein glänzendes Bild einer im Entstehen begriffenen sozialistischen und kollektivistischen Wunderwelt entwirft. Finet rügte aber auch jene politisierende Literatur des Westens, die zum vornherein jedes kommunistische Experiment verdammt.

Der Redner war der Ansicht, daß sich die Macht des goldenen Kalbes in den Wirtschaftstheorien immer wieder durchsetze. Es ist ihm aufgefallen, wie bei ihrer letzten Begegnung sowohl Eisenhower wie auch Chruschtschew über Rinder und Schweine, Produktion und Produktionssteigerung, wissenschaftliche Entdeckungen und über des Menschen Streben nach größtmöglichem Wohlstand sprachen, obwohl der eine sonntags zur Kirche geht, der andere aber im Stil Voltaires von Gott redet. Finet warnte vor dem Einfluß der heimtückischen westlichen und östlichen Propaganda der Wühlliteratur. Er hätte aber die Hetzzeitungen, wie sie im Osten zur Tagesordnung gehören, noch mehr aufs Korn nehmen dürfen.

Der Vortrag endete mit der Sicht auf das ewige Leben, wodurch die Streitigkeiten an Schärfe und Bitterkeit verlieren müßten, da ihnen ja nicht ein absoluter Wert beigemessen werden könne. Man kann sich fragen, ob durch diese Flucht ins Jenseits nicht doch die heutigen Probleme in einer frommen Weise verharmlost worden sind. Gerade von der christlichen Zukunftshoffnung her dürften die heutigen Probleme nicht so verwischt werden. Das kommende Gottesreich will sich in Vorläufern schon hier realisieren. Es müßte also ein eindeutiger Kurs eingeschlagen werden, der aber offenbar im Reformierten Weltbund um des brüderlichen Kontaktes willen bewußt vermieden wird.

Mit besonderer Spannung wurde der Vortrag des Prager Dekans Professor *Hromadka* erwartet. Der 72jährige Dozent der Comenius-Fakultät, der bis vor kurzem Vizepräsident des Reformierten Weltbundes gewesen ist und beinahe auf keiner Tagung dieses Bundes gefehlt hat, gehört zu den umstrittensten Theologen unserer Zeit. Es versteht sich, daß ein solcher Mann, der nach dem Aufstand in Ungarn eine salbungsvolle Verteidigung der ungarischen Regierung veröffentlichen konnte, während der gottlose Existentialist Sartre zur gleichen Zeit mit dem Kommunismus gebrochen hatte, zum vornherein da und dort auf scharfen Widerstand stoßen mußte. Eine Gruppe von Schweizer Theologen suchte vergeblich einen andern Referenten beim Weltbund durchzusetzen. Der «Verband der Tschechoslowakischen Vereine in der Schweiz» hatte sich in einer Eingabe an die Presse über den Lenin-Weltfriedenspreisträger Hromadka

aus verständlichen Gründen sehr negativ geäußert, worüber vor allem der Generalsekretär sehr ungehalten war.

Der genannte Verein erachtete es als seine Pflicht, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß in ihrer Sicht der geistige Mut und die persönliche Tapferkeit Hromadkas sich im Kampf gegen die Hitler-Diktatur erschöpft habe. Der roten Diktatur stehe er bestenfalls mut- und ratlos gegenüber, er beschreite den Weg der Kollaboration mit dem Kommunismus und der einseitigen und ungerechten Kritik des Westens. Hromadka werde von der überwältigenden Mehrheit seines Volkes als Repräsentant des kommunistischen Staates und nicht der evangelischen Kirche angesehen, was authentische Aussagen von Flüchtlingen und von Besuchern der Tschechoslowakei beweisen würden. Er werde dort als ein wichtiger Propagandist des Kommunismus betrachtet, dem eine besonders delikate Aufgabe zugeteilt wurde, den Westen und besonders seinen Protestantismus von der Ungefährlichkeit und Verträglichkeit des Kommunismus zu überzeugen und auf diese Art und Weise den Widerstand gegen den Kommunismus zu schwächen. — Es ist nun aber nicht von der Hand zu weisen, daß Hromadka nicht vom Staat, sondern von seiner Kirche, der evangelischen Kirche der Tschechischen Brüder, nach Zürich gesandt worden ist. Es mag auch stimmen, daß er in redlichen Bemühungen seiner Kirche sogar noch gewisse Rechte erworben hat. Wir begreifen den Verband der Tschechoslowakischen Vereine aber voll und ganz, wenn wir die Äußerungen Hromadkas in Betracht ziehen, die er auch außerhalb seines Zürcher Vortrags getan hat.

Sein Vortrag aber «Wer gehört zum Volke Gottes in der heutigen Zeit?» war eine große Enttäuschung. Der Vortrag schien völlig apolitisch; was aber innerhalb der Tagung eines Reformierten Weltbundes noch viel tragischer zu nehmen ist, er war theologisch unbefriedigend und ermangelte eines fortschreitenden Aufbaus. So konnten Anwesende in den Ausführungen des Referenten liberale Tendenzen feststellen, während andere daraus einen gewissen Pietismus vernahmen oder sogar eine Parallele zu Frank Buchman ziehen konnten. Schon der Satz «Auch wenn wir die Kirche Jesu Christi in ihrem Wesen und ihrer tiefsten Realität erfassen, dürfen wir sie nicht einfach mit dem Volke Gottes identifizieren...», ist einfach unhaltbar. Auch ein Prager Systematiker sollte doch für seine Ausführungen zu einem derart wichtigen Thema das «Theologische Wörterbuch zum Neuen Testament» von Gerhard Kittel als grundlegendes Werk zu Rate ziehen oder zumindesten begründen, wenn er davon abweicht. Trotzdem der Christ entschlossen sein Ja, Ja und sein Nein, Nein sprechen müsse, dürften keine Fronten gebildet werden. Trotz dieser Aussage verwahrte sich der Referent gegen jeden verschwommenen theologischen Relativismus. Bei aller Richtigkeit ist es doch bezeichnend, daß Hromadka seinen Vortrag endete mit der Bibelstelle «Und ich habe noch andere Schafe, die sind nicht aus diesem Stalle; und dieselben muß ich herführen, und sie werden meine Stimme hören, und wird eine Herde und ein Hirte werden» (Joh. 10, 16).

Hromadka flüchtete sich immer wieder in die persönliche Frömmigkeit zurück. Gottes Sache aber muß auch in Politik und Wirtschaft zum Ausdruck kommen. Bestürzend war die Tatsache, daß eigentlich niemand von den Konferenzteilnehmern in der Diskussion zum kritischen Gespräch mit Hromadka antrat. Einzig Prof. Dr. A. Rich von der Zürcher theologischen Fakultät, der als Gast anwesend war, gestattete sich auf die Größe der dem Vortrag inliegenden Gefahr einer Spiritualisierung der Kirche aufmerksam zu machen. Der Begriff des Volkes Gottes ist nach dem Neuen Testament nicht nur personalistisch aufzufassen. Als Christen sind wir der kommenden Gottesherrschaft verpflichtet, wir dürfen demnach keine irdische Macht und Gewalt annehmen, die uns gegenüber einen letzten Anspruch erhebt. Aus dieser Sicht kann es aber für die Kirchen Fronten geben, gegen welche sie im Gehorsam gegenüber Gott auftreten muß. In seinen Antworten wies Hromadka den Kurzschluß zurück, als ob man das Tier aus dem Abgrund aus Offenbarung 13 konkret nehmen könne, das Böse sei in uns. Aber bei der genauen

Exegese der genannten Bibelstelle muß man feststellen, daß hier — zwar in verschlüsselter Weise — aber doch sehr konkret gedeutet wird.

Noch umfangreicher als der Vortrag und die Aussprache war das Background-Material, das man auf einer Pressekonferenz erhielt. Die Eindrücke wurden noch erhärtet durch die Eindrücke an einem Fachschaftsabend der Zürcher Theologiestudenten, zu dem diese den Prager Dogmatiker — offenbar zunächst ohne Wissen der Leitung des Reformierten Weltbundes — eingeladen hatten. Die Bitte eines Zürcher Pfarrers, eines Mitgliedes des kirchlichen Friedensbundes der Schweiz, ob Hromadka in seiner Gemeinde nicht die Sonntagspredigt übernehmen könne, wurde von der Leitung abschlägig beantwortet, da man der Fremdenpolizei gegenüber zugesichert hatte, Hromadka wirke nur an einem internen Vortrag mit. Im Gespräch betonte der Referent immer wieder, daß er nie in der Politik tätig war und kein Kryptokommunist sein könne. Er drückte stets sein Bedauern aus, wenn die Diskussion ins Politische abglitt. Man fragte sich unwillkürlich, ob sich der sympathische, seelsorgerlich erscheinende Mann seiner politischen Rolle gar nicht bewußt sei. Er nannte den Antikommunismus Totengräber der Kirche. Er kenne viele Kommunisten, die menschlich höher stünden als die Christen. Bis heute sei es jedoch noch nicht gelungen, eine Plattform für Gespräche zwischen der Kirche und der klassenlosen Gesellschaft zu finden. Hromadka lobte den kommunistischen Staat als bedeutenden Kulturträger in einem Augenblick, da die Meldung durch die Presse ging, Chruschtschew drohe mit der Vernichtung der Akropolis. Der Schreibende wußte aus einem persönlichen Interview mit Prof. Gollwitzer, daß dieser die kirchlichen Zustände in der DDR als geradezu paradiesisch bezeichnete im Vergleich zur Lage der Kirche in andern Oststaaten. Auf die Frage an Hromadka, wie katastrophal die kirchliche Situation in der Tschechoslowakei in diesem Fall sein müsse, antwortete der Prager Dekan nur ausweichend, es gäbe Kleinigkeiten nicht tragischer Art. Als der Schreibende aber wissen wollte, was diese Kleinigkeiten konkret wären, brach der Generalsekretär das Gespräch ab. Die tschechoslowakische Kirche scheint aber unverdient davon zu profitieren, daß der Staat einen mißverstandenen Hus als Nationalheld erklärt hat.

Gegenüber den Theologiestudenten betonte Hromadka, er versuche seit Jahren sowohl seine Kirche wie auch den Kommunismus davon zu überzeugen, daß der Atheismus nicht zum Kommunismus gehöre. Der Einzelgänger Hromadka gibt sich hier wohl einer tragischen Illusion hin. Er bezeichnete den Kommunismus als radikalen Humanismus. Dies mag in der Tat für den genuinen Kommunismus stimmen. Prof. Rich betonte aber in seiner Entgegnung zu Recht, daß man jederzeit zwischen Intention und Wirklichkeit zu unterscheiden habe. Der Ausbruch von schweren Unruhen unter den Industriearbeitern Polens, die ungarische Erhebung, die Flucht von 4 Millionen Menschen aus dem kommunistischen System der DDR muß doch darauf hinweisen, daß diese Gesellschaftsordnung einer scharfen Kritik bedarf, damit sie sich für den Menschen heilvoll auswirke. Wir müssen kritisieren um des Menschen willen, der unter dieser Ordnung lebt, nicht um eine westliche Konzeption der Gesellschaft zu behaupten. Wenn aber die Kritik nicht mehr möglich ist, dann ist dies ein Zeichen dafür, daß wir hier einen Totalitarismus vorfinden, den wir vom Glauben her nicht annehmen können. Wie aber soll es zu einer Partnerschaft kommen, wenn der eine Teil sich als Totengräber des andern auffaßt? Prof. Hromadka bedauerte tief den Ausgang der Diskussion, die er sich über rein theologische Fragen gewünscht hatte. — Dieser Fachschaftsabend gehörte an und für sich nicht zur Tagung des Reformierten Weltbundes, diese aber gab den Anlaß dazu, daß die Studenten mit Hromadka ins Gespräch kommen konnten, da ihnen ja sonst der Zutritt zur geschlossenen Tagung verwehrt worden war[1].

[1] Zur Charakteristik Hromadkas vgl. den aufschlußreichen Artikel von Zdeněk Suda «Hromadka — ein freiwilliger Gefangener» (NZZ, 21.9.1961, Nr. 3461). *Die Redaktion*

Als letzter Redner sprach am Montag Dr. *Fraser*, Leiter eines ökumenischen Institutes in Schottland. Sein Thema lautete: «Welches sind die unerläßlichen Entscheidungen für einen Christen?» Wahre Entscheidungen können nur im Bewußtsein der Gegenwart Christi und seines siegreichen Werkes vollzogen werden. Gebete, Bibellesungen und Gottesdienste sind sinnlos, wenn wir darin bloß uns selbst genügen und uns nicht unter Gottes Befehl stellen. Der Christ kann den politischen und sozialen Realitäten gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Der Referent wandte sich gegen eine einseitige Abrüstung. Das Schlimmste, was passieren könnte, sei nicht ein Atomkrieg, sondern daß wir aus Gottes Hand fallen könnten. Der Spaltung Europas in verschiedene Konfessionen und Machtblöcke sei durch menschliche Begegnungen und einen regen Kulturaustausch entgegenzutreten. Ost und West sollen aneinander im gegenseitigen Respekt Kritik üben. Es hat sich allerdings gezeigt, daß der Reformierte Weltbund kaum das Forum bildet, um diese Kritik gegenseitig zu üben. Ein Beispiel: Als die theologische Kommission in ihrem Tätigkeitsbericht ein Wort für ihren ehemaligen Vorsitzenden, Prof. Bap in Budapest, einlegte, da er von den Kommunisten seines Amtes enthoben worden war, erhob der Generalsekretär, unterstützt vom ungarischen Delegationsleiter, sofort Einspruch. Im aufliegenden Orientierungsblatt über den Reformierten Weltbund las man allerdings «Durch Schreiben an Regierungen und Bekanntmachung ihrer Probleme hat der Weltbund versucht, seinen Minderheitskirchen zu helfen, wo immer sie in der Ablegung ihres Zeugnisses durch beschränkte Gesetzgebung und Verfolgung behindert waren». Dieser Passus steht aber offenbar bloß auf dem Papier. In der dem Vortrag sich anschließenden Diskussion wurde die Frage laut, wie die ungarischen Gemeindeglieder überhaupt zu ihren Kirchen noch Vertrauen halten könnten, wenn sie im reformierten Wochenblatt läsen, der Religionsunterricht gehe ungehindert weiter, wo doch mündliche Berichte zeigen, daß das Gegenteil der Wahrheit entspricht.

Außer den Hauptvorträgen hielt Prof. *Bonnard*, Lausanne, eine tiefgründige Bibelarbeit über den 1. Petrusbrief, welche in einem ausgezeichneten Studienführer von Dr. *E. Wildbolz*, Zürich, vorbereitet worden war. Ein Höhepunkt der Tagung bildete der mehrsprachige Festgottesdienst im Großmünster, der von der Eurovision übernommen wurde. Hatte es zu Beginn der Planung den Anschein gehabt, es ließe sich dies wegen der Radweltmeisterschaften nicht ermöglichen, so hat das Schweizerische Fernsehen doch seine Bereitschaft gezeigt, die einmalige Gelegenheit eines solchen Gottesdienstes mit rund 50 Pfarrern in ihrer Amtstracht für das Fernsehen durch die Übernahme einer Reportage-Equipe aus dem katholischen München zu nutzen.

Der persönliche Kontakt unter den Konferenzteilnehmern kam auf einer kirchengeschichtlichen Exkursion an die Todesstätte Zwinglis in Kappel am Albis unter der bewährten Führung von Prof. Dr. *R. Pfister*, Zürich, zu seinem Recht.

Die Tagung des Reformierten Weltbundes stieß in der Öffentlichkeit erstmals auf ein breites Interesse. Dieses erfreuliche Zeichen zeigt, wie der ökumenische Gedanke sich in unsern Gemeinden vermehrt eingewurzelt hat. An einer nächsten Tagung müßte das Organisationskomitee diesem Wunsch zur Teilnahme an den Vorträgen in größerem Maße Rechnung tragen und nicht die ganze Tagung als geschlossene Veranstaltung in relativ kleinem Raum durchführen. Dann aber müßte die Referentenwahl mit gründlicherer Aufmerksamkeit erfolgen.

Der Reformierte Weltbund hat verschiedene Jubiläen hinter sich. 1959 gedachte man des 450. Todestages Calvins und feierte in Frankreich den 400. Jahrestag der Gründung der Reformierten Nationalsynode, 1960 folgten die Feierlichkeiten in Edinburgh zur Erinnerung an die schottische Reformation und bereits denkt man an das 400jährige Jubiläum des Heidelberger Katechismus im Jahre 1963. Bei aller Hochachtung dieser Werke müßte sich der Reformierte Weltbund heute doch in weit vermehrterem Maße — nicht nur im Thema einer Tagung — den *Fragen der Gegenwart offen und vor allem kritisch stellen.*

Hans Bühler

Im Schatten Berlins

Die von den Führern des Ostblocks plötzlich auf die Spitze getriebene Berlinkrise hat in den letzten Wochen wieder mit größter Schärfe sichtbar werden lassen, wie schwankend die äußeren Fundamente unserer gesamten Existenz sind. Politische Konflikte lassen sich praktisch nicht mehr lokalisieren. Sie sind meist vom ersten Augenblick an durchtränkt von jener Spannung zwischen freiheitlicher Gesellschaft und totalitärer Diktatur, die im Zeitalter der Nuklearwaffen, angesichts ihres in jeder Hinsicht universalen Charakters, auch eine permanente universale Gefährdung der Menschheit darstellt. Unsere ganze Existenz hat damit den Charakter des kraß Vorläufigen erhalten. Die Atompilze sind der schauerliche Hintergrund einer Epoche, die sonst wie keine vorhergehende über die technischen Mittel verfügen würde, um wenigstens im materiell-äußerlichen Sinne jenes legendäre größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl zu erreichen und zu erhalten, von dem frühere Generationen vergeblich geträumt haben.

Man sagt unserer Zeit nach, daß sie besonders wortreich und wortgewandt sei. Dieser Situation gegenüber das richtige Wort zu finden, erweist sich aber als unendlich schwer. Der Abgrund, an dem wir täglich zu leben gezwungen sind, hat unmenschliche Dimensionen angenommen. Es wäre fahrlässig, sich über ihn hinwegzutäuschen. Aber ebenso unverantwortlich wäre es, sich von ihm gänzlich lähmen zu lassen. Für unsere Sinne in seinen tiefsten Tiefen letzten Endes unfaßbar und damit auch unbenennbar, muß er unser Lebensgefühl doch entscheidend mitprägen, wenn wir nicht an der Zeit vorbeileben wollen. Wir müssen aber auch die innere Kraft aufbringen, um trotzdem die täglichen Pflichten getreulich zu erfüllen. Denn allein von hier aus, von der bestmöglichen Gestaltung unserer konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse her wird es möglich sein, jene Dämme zu verstärken, welche die Menschheit allein vor dem Sturz in den Abgrund zu bewahren vermögen.

Schwerwiegende Ermessensfragen

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Berlin und Ostdeutschland hat kürzlich eine Debatte im Zürcher Kantonsrat besondere Aktualität erhalten, deren Gegenstand stets größter Beachtung wert wäre, der aber fast in der ganzen freien Welt praktisch doch immer wieder beängstigend dilettantisch und beiläufig behandelt wird: das umstrittene Konzertverbot der Zürcher Fremdenpolizei für den russischen Violinisten *David Oistrach* bot Gelegenheit zur grundsätzlichen Überprüfung der sogenannten «Ostkontakte» überhaupt. Die westliche Welt hat gemäß ihrer pluralistischen Struktur die Tendenz, die Grenzen zumindest auf kulturellem Gebiet offenzuhalten und den Geist wirklich wehen zu lassen, wie und wo er will. Die totalitären Regierungen des kommunistischen Blocks sparen zwar nicht mit Lippenbekenntnissen zu dieser vollen geistigen Freiheit der Völker. Sie benützen die offenen Türen auch selbst systematisch und mit großem Raffinement zur offen und versteckt angestrebten bolschewistischen Infiltration freiheitlicher Gesellschaften. Die Kontakte werden aber nach Möglichkeit als «Einbahnstraßen» gehandhabt. Unter dem Vorwand, daß das westliche Gedankengut zersetzend sei — und das ist seine Wirkung ja auch im dumpfen geistigen Ghetto des kommunistischen Unrechtsstaats —, wird alles getan, um die Einflüsse freiheitlicher Denkformen zu beschneiden oder in drittrangige Kanäle abzulenken. Dem freien Spiel der geistigen Kräfte auf westlicher Seite steht mit andern Worten eine streng doktrinäre und gezielte «kulturelle Außenpolitik» gegenüber, die bewußt auf den einen Zweck der Ausbreitung der totalitären Herrschaft ausgerichtet ist.

Die Auseinandersetzung wird also mit ganz verschiedenen Mitteln und in gewissem Sinn sogar auf verschiedenen Ebenen geführt. Dem Westen bleiben dabei grundsätzlich zwei entgegengesetzte Möglichkeiten des Verhaltens. Im Bewußtsein der eigenen moralischen Kraft kann er sich, trotz der völlig schiefen Voraussetzungen, auf einen in

seinen Gefilden unbeschränkten Wettbewerb einlassen — in der Hoffnung, daß im Westen von dem Vielen aus dem Osten wenig, im Osten aber von dem Wenigen, das dabei an freiheitlichem Ideengut trotz allen Schikanen Eingang findet, vieles hängen bleibt und zu wirken beginnt. Vierzigjährige Erfahrung im Umgang mit dem Totalitarismus hat indessen gezeigt, daß ein unbeschränkter Freipaß für die Techniker der Revolution im westlichen Lager verhängnisvolle Folgen haben kann. Für die erklärten Feinde der Freiheit kann es deshalb nicht zum vorneherein dieselbe unbegrenzte Freiheit geben wie für jene, die auf dem Boden der Demokratie stehen und ihre Spielregeln einhalten. Das käme, angesichts der Beschaffenheit dieses Feindes, einem vorsätzlichen Selbstmord gleich. Deshalb lassen sich bestimmte Abwehrmaßnahmen polizeilicher Art ohne weiteres mit dem Prinzip der Freiheit vereinbaren. Denn diese Leitidee staatlich-gesellschaftlicher Organisation kann ja nicht die Selbstzerstörung zum Endzweck haben.

In der Praxis des politischen Alltags ist keine endgültige Entscheidung für das eine oder andere Vorgehen möglich. Dazu sind die Dinge zu komplex. Zunächst muß man zwischen offizieller Ebene und privater Sphäre unterscheiden. Gerade ein außenpolitisch neutraler Kleinstaat wird sich auf Grund seines Auftrags, Sachwalter der Humanität und des Rechts zu sein, bestimmten Formen des Kontakts nicht enziehen können. Es gibt im Ostblock außerdem verschiedene Nuancen der totalen Herrschaft und damit auch verschieden dimensionierte Spielräume für einen echten Kulturaustausch. So wenig Ansatzmöglichkeiten in Bulgarien, Ungarn oder der DDR bestehen, so sinnvoll erscheinen anderseits angemessene Kontakte mit Polen oder Jugoslawien. «Angemessen» bedeutet in diesem Zusammenhang, daß man sich immer und überall der einen, unabänderlichen Voraussetzung bewußt sein muß: Für einen kommunistischen Staat bleibt jeder wie auch immer geartete Kontakt seiner Regierung und seiner Bewohner ein Politikum, und er wird entsprechend «eingeplant» und gelenkt. Wie darauf von westlicher Seite im einzelnen zu reagieren ist, stellt durchweg eine Ermessensfrage dar, deren Beantwortung von verschiedensten Faktoren abhängen kann. Das ändert aber nichts daran, daß jeder Entscheid aus dem Bewußtsein der grundsätzlichen Problematik heraus und in Berücksichtigung aller relevanten Faktoren gefällt werden sollte. Die Notwendigkeit einer vermehrten Koordination innerhalb des westlichen Lagers und einer systematischen Erarbeitung von grundlegenden Richtlinien, die sich auch auf den Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen erstrecken müßten, ist dabei augenfällig. Eine solche Anleitung taktischer Art ist letzten Endes im Interesse aller, die um die Erhaltung der Freiheit besorgt sind. Es sollten sich deshalb auch alle beteiligten Kreise darum bemühen, daß sie endlich zustande kommt.

Freiheit und Planung

Die richtige Mischung von Freiheit und Planung zu finden, erweist sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem roten Totalitarismus als ein zentrales Problem. Es stellt sich auch im innenpolitischen Alltag immer aufs neue. Je differenzierter die Struktur von Gesellschaft und Produktionsapparat ist, um so breiteren Raum nimmt notgedrungen die Planung im großen ein. In der arbeitsteiligen Welt sind die Fragen der Organisation des Arbeitsprozesses von entscheidender Bedeutung. Entsprechend hängt auch die Funktionsfähigkeit des modernen Industriestaates weitgehend von der Qualität des administrativen Planungs- und Koordinationsstabs ab. Planung bedeutet indessen nicht zum vorneherein zentralgelenkte Staatswirtschaft. Sie kann vielmehr auf verschiedenen Stufen und Ebenen erfolgen. Nach den Erfahrungen der liberalen Demokratie ist das Optimum der Funktionsfähigkeit dort erreicht, wo die Schwerpunkte der Planung möglichst tief liegen. Es werden nur jene Aufgaben an die öffentliche Hand delegiert, welche auf privater Basis nicht mehr zu meistern sind. Und innerhalb der politischen Sphäre soll der Staat nur dort eingreifen, wo die lokalen und regionalen Möglichkeiten überfordert werden. So allein wird jene vielfältige Brechung der Macht aufrechterhal-

ten, die ein Leben in größtmöglicher Freiheit garantiert. Und nur so wird jene breite Streuung von Verantwortung und Pflichten erreicht, welche dem Gemeinwesen die nötige Kohäsion und den notwendigen aktiven Konsens der Bürger verleiht.

Nun sind mit dem steten Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Kriterien für die Aufteilung der Planungs- und Koordinationsbefugnisse ständigen Verlagerungen unterworfen. Was gestern noch private Initiative zu leisten vermochte, übersteigt heute oft schon die Kräfte der Gemeinden. Und was lange Zeit die selbstverständliche Domäne der Kantone war, scheint vielfach plötzlich nur noch auf Bundesebene angemessen verwaltet werden zu können. Dabei ist es ein Charakteristikum unserer Zeit, daß die Entwicklung der Delegation fast ausschließlich von unten nach oben und nur äußerst selten von der größeren zur kleineren Körperschaft verläuft. Dieser Vorgang verdient größte Aufmerksamkeit, wenn nicht leichtfertig ein Ungleichgewicht zwischen Individuum und Gemeinwesen herbeigeführt werden soll, das auf die Dauer die gesamte Gesellschaftsstruktur von Grund auf verändern müßte. Es ist mit andern Worten ein staatspolitisches Gebot ersten Ranges, jede weitere «Verplanung» der privaten Sphäre durch die verschiedenen Stufen der öffentlichen Hierarchie sorgsam abzuwägen und nur bei wirklich dringendem Bedürfnis zuzulassen.

Planungsreif?

Zu den Fragen, die nach Ansicht weiter Kreise «planungsreif» auf staatlicher Ebene geworden sind, gehört das Bodenproblem. Die rasche Bevölkerungszunahme und der steigende Wohnkomfort der Industriegesellschaft bringen zusammen mit den Erfordernissen eines immer dichter werdenden Straßennetzes einen Schwund an Land mit sich, der bei der ohnehin begrenzten Fläche unseres Kleinstaates bedenklich stimmen muß. Nach den Berechnungen des Schweizerischen Bauernverbandes gehen auf diese Weise jährlich rund 2000 Hektaren verloren. Das fällt besonders schwer ins Gewicht, weil es sich fast ausschließlich um eine Dezimierung jenes Viertels unseres Bodens handelt, der am fruchtbarsten ist und damit die Hauptlast der vor allem auch unter wehrwirtschaftlichem Gesichtspunkt wichtigen Agrarproduktion trägt. Die Bautätigkeit konzentriert sich nämlich aus naheliegenden Gründen weitgehend auf das Mittelland.

Die Entwicklung ist in ihrem Grundzug nicht aufzuhalten, wenn nicht der Bevölkerungszunahme mit drastischen Mitteln Einhalt geboten wird. In wenigen Jahrzehnten wird unser Land 10 Millionen Einwohner zählen. Für diese zusätzlichen 5 Millionen müssen Wohnstätten und Arbeitplätze geschaffen werden. Bei der staatspolitischen Bedeutung einer gesunden Bauernschaft stellt sich damit die Aufgabe, mit dem Boden, der sich nicht vermehren läßt, sparsam umzugehen. Und das kann nach der Überzeugung vieler nur durch Eingriffe der öffentlichen Hand gewährleistet werden. An einer Tagung der *Schweizerischen Landesplanung* in *Solothurn* wurde von seiten der Veranstalter wie des Bauernverbandes die Forderung erhoben, durch eine generelle Zonenordnung System in die nach Ansicht dieser Kreise bisher zügellose Entwicklung zu bringen. Besondere Landwirtschaftszonen sollen die Nutzfläche aus dem allgemeinen Preisboom heraushalten und damit wieder zu einem wirtschaftlich tragbaren Produktionsfaktor machen. In den eigentlichen Bauzonen aber soll eine gesetzlich verankerte Orts- und Regionalplanung versuchen, die unrationelle Streubauweise künftig zu verhindern und durch preisdämpfende Maßnahmen zu einer Normalisierung des Wohnungsmarktes beizutragen.

Die ausserordentliche Tragweite des Problems ist unbestritten. Es läßt sich auch nicht übersehen, daß bestimmte Weichen gestellt werden müssen. Es fragt sich aber, von welcher Art diese Weichen sein müssen. Und hier gehen die Ansichten weit auseinander. Es ist nicht so, daß bisher auf diesem Gebiet völlige Freiheit geherrscht hat. In manchen Gemeinden besteht bereits im Rahmen der bisherigen Rechtsordnung ein recht straffes Regime. Die vielgerügte Preisentwicklung auf dem Grundstückmarkt hat außerdem zumindest eine positive Folge gehabt: Bau-

herren und Architekten gehen mit dem Boden äußerst sparsam um. Anderseits ist jede straffe staatliche Planung von Natur aus problematisch, besonders wenn sie mit dem Eigentumsrecht eine Grundlage der persönlichen Freiheit und damit der modernen Demokratie tangiert. Es gilt deshalb hier im besonderen, was Bundesrat *Schaffner* in seiner Rede am *Comptoir Suisse* in Lausanne dem Schweizervolk angesichts der schwierigen wirtschaftspolitischen Wegstrecke der nächsten Zeit im allgemeinen ans Herz legte: Wir müssen Maß halten und bei allem Einsatz für die durchaus legitimen Ziele des Alltags niemals die Ausrichtung unseres Tuns auf jene moralischen und geistigen Werte vergessen, die unserer Existenz und derjenigen unseres Gemeinwesens erst den wahren Sinn verleihen.

Spectator

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftsprobleme

In der auf die beiden Monate Juli und August 1961 beschränkten Berichtsperiode lieferte die seit längerem erwartete Erklärung des britischen Premierministers vom 31. 7. im Unterhaus über die Bereitschaft Englands zu Verhandlungen über seinen Anschluß an den Gemeinsamen Markt für die Wirtschaftspresse das beherrschende Thema. Ihre Artikel über die *europäische Integration* aus der Zeit vor der britischen Verlautbarung mit Spekulationen über die weitere Entwicklung können hier als durch die Ereignisse überholt unberücksichtigt bleiben. Im Hinblick auf die Anmeldung zur EWG überschreibt der «Economist» am 5. 8. seinen dem Beschlusse der Londoner Regierung zustimmenden Leitartikel mit den Worten: «Das europäische Wagnis», in dem er das Vorspiel zur Atlantischen Union erblicken möchte, und der Frankfurter «Volkswirt» des gleichen Datums spricht ebenfalls an führender Stelle von der «Dämmerung an der Themse». Auch am 5. 8. betrachtet «Finanz und Wirtschaft» im gleichen Sinne Großbritannien als «den Anschluß an Europa suchend». «La Suisse Horlogère» vom 10. 8. hebt den «Wendepunkt» hervor, an dem unser Kontinent steht, und die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 12. 8. schildert die «neue Phase im Integrationskonflikt». Am 19. 8. stellt schließlich der «Economist» Vermutungen an über das zu erwartende Verhalten Frankreichs zu den britischen Wünschen für die Teilnahme an der EWG. — Die Wiener «Industrie» bemerkt am 4. 8., daß die *OEEC* «die europäischen Zahlungsbilanzen überprüft». Nationalrat W. Bretscher verfolgt in der von Nationalrat H. Häberlin redigierten «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 8, den «Weg von der OEEC zur OECD». — Eine «Bilanz der Kompensationsverhandlungen im Rahmen des *GATT*» zieht «La Suisse Horlogère» am 20. 7. — Der bekannte deutsche Wirtschaftsjournalist Dr. Herbert Groß (Düsseldorf) beschäftigt sich innerhalb der vom «Wirtschafts-Dienst — Betriebsführung», Nr. 7, behandelten «Strukturimpulse auf die *Weltkonjunktur*» mit dem Thema: «Werbung — Sprache der Forschung.»

Was den *Geld- und Kapitalmarkt* betrifft, so beginnt Gaston Jaquemet (Zürich) in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 1. 7. eine Artikelserie: «Vielgestaltige Notenbankausweise in Europa», die er am 15. 7. abschließt. Dieselbe Zeitschrift vom 1. 7. bringt eine interessante Statistik über «die europäischen Währungsreserven». Eine angeregte Diskussion um das zweckmäßigste internationale Geldsystem haben in der ökonomischen Presse drei Artikel des namhaften französischen Experten Jacques Rueff in der «NZZ» vom Juni ausgelöst; im gleichen Presseorgan (Nr. 196 vom 19. 7) äußert sich der alt Präsident der deutschen Notenbank, Wilhelm Vocke (Frankfurt a. M.), dazu, und die «Wochenberichte» des Zürcher Bankhauses Bär nehmen am 7. und 28. 7. zu derselben Materie Stellung Einen besonders eingehenden Artikel: «Die Kritik am

Golddevisenstandard» bringt ferner die «NZZ» am 27. 8. (Nr. 235). Professor Dr. Emil Küng (St. Gallen) verbreitet sich in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik», Heft 2, über «Kapitalbildung und Wirtschaftswachstum». Schließlich schreibt Jacques Ittensohn (Basel) in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 8. recht fundiert über eine «Durchleuchtung des Aktienwertes». «Dem Gold und der internationalen Liquidität» widmet der Schweizerische Bankverein in seinem «Bulletin», Nr. 4, den einleitenden Artikel. — Auf *sozialpolitischem Gebiet* wirken zunächst in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatheften» aus dem Juli Aufsätze von Walter Dirks: «Der politische Auftrag der Arbeitnehmerschaft» und von Bruno Küster (Genf): «Die Arbeitsbeziehungen — Gegenwartsprobleme und Zukunftsaussichten» attraktiv. Die Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände «Der Arbeitgeber» läßt in Heft 13/14 berufene Autoren zu dem Thema: «Arbeitslohn heute» zu Worte kommen. In den soeben zitierten «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom August äußert sich Erich Meyer über «das Alter als soziales Problem». Noch im Juni hat das «Internationale Gewerbearchiv» Professor Dr. W. Werner (Münster in Westfalen) mit einer Abhandlung: «Moderne Sozialpolitik im Blickwinkel des Gewerbes» eingeleitet. In der «SA-Z» vom 27. 7. schildert Professor Dr. F. Kneschaurek (St. Gallen) «Entwicklungstendenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt».

Der «Wochenbericht», Nr. 30, von Bär erörtert, wie immer aktuell und einfallsreich, die «Illusionen um die *Entwicklungshilfe*». Betrachtungen zur gleichen Materie stellt das «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt in der Ausgabe von Ende Juli an. Durch den Generalsekretär der OEEC, Professor Thorkil Kristensen (Paris) werden in dem wieder vielseitigen Heft II der «Außenwirtschaft» «die Probleme der Entwicklungshilfe unter besonderer Berücksichtigung der OECD» beleuchtet. — *Ferner* kann man im «Monat» des Schweizerischen Bankvereins vom Juli eine Notiz über den «Ausbau der europäischen Stahlindustrie», in der «Agrarpolitischen Revue», Heft 10/11, eine Betrachtung von Dr. H. E. Günther (Kiel): «Welche Möglichkeiten bestehen für eine gemeinsame westeuropäische Agrarmarktregelung?» und in der «SA-Z», Nr. 26 und 27, einen Kommentar zu der europäischen Konvention von 1927 über das internationale gewerbliche Schiedsgerichtswesen studieren. Die «SHZ» vom 27. 7. entwirft «Leitlinien der weltwirtschaftlichen Entwicklung», wie sie auch mit gewohnter Prägnanz in dem soeben erschienenen Heft 1/1961 der «Weltwirtschaft» aus dem Kieler Institut zu verfolgen sind.

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

Auf die Frage: «Hoch*konjunktur* — Blendwerk oder Segen?» geht der Leitartikel in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» vom 22. 7. ein. Die «SA-Z», Nr. 28/29, druckt die Präsidialadresse von Dr. h. c. A. Dubois (Arbon) anläßlich der diesjährigen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen ab; sie steht unter dem Leitmotiv: «Gegenwartsprobleme der schweizerischen Wirtschaft.» Mit der «Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1960» beschäftigt sich als Beilage zu der amtlichen «Volkswirtschaft» v. Juli die «Mitteilung Nr. 148» der Kommission für Konjunkturbeobachtung. — Im «Artikeldienst», Nr. 36, der «Wirtschaftsförderung» wird die «passive *Handels*- und Ertrags*bilanz*» der Schweiz kritisch interpretiert. Die «SHZ» vom 20. 7. verweist darauf, daß heutzutage «die Maschinenindustrie ein Drittel des Gesamtexportes bestreitet». Über die schweizerischen Uhrenexporte in den ersten 7 Monaten 1961 bringt «La Suisse Horlogère» am 3. und 24. 8. statistisch untermauerte Übersichten. Die «SHZ» bezeichnet ebenfalls am 24. 8. die «EWG als unseren besten Handelspartner» auf Grund der statistischen Angaben über den schweizerischen Außenhandel bis zum Juli. — Zu *sozialpolitischen Fragen* fanden wir am 20. 7. in der «NZZ», Nr. 2722, einen Bericht über «die neuen Formen des Fremdarbeiterproblems» und im «Schweizer Arbeiter» Informationen über Inhalt und Bedeutung der 5. Revision des AHV-Gesetzes.

In Heft 7/8 der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen», herausgegeben von der Zürcher «Wirtschaftsförderung», nimmt Dr. Gerhard Winterberger (Erlenbach) das Wort zu dem «Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz». — Die Verstärkung des *Goldzuflusses* nach der Schweiz macht der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 8. Eindruck. Über die «Allgemeinheit der Umsatzsteuer» stellt Dr. Hans Gerber (Bern) vielseitige Betrachtungen in der «Steuer-Revue», Nr. 8, an. — *Schließlich* bleibt zu berichten, daß ein Artikel im «Economist» vom 22. 7.: «Die Überfremdung der Schweiz» die Aufmerksamkeit des Bankhauses Bär geweckt hat; es befaßt sich in einer Beilage zum «Wochenbericht» Nr. 29 genauer mit ihm. Wertvoll und aufschlußreich ist auch der 55. Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller, der in Form einer Broschüre über die Entwicklung seiner Industrie im vergangenen Jahre Bescheid gibt. Pressestimmen zu dem Thema: «Die Schweiz und die Integration Europas» sind von der «Wirtschaftsförderung» in ihrer Ausgabe 7/8 der Serie: «Für Sie gelesen» gesammelt worden. Die in Biel erscheinende «Politische Rundschau», Heft 5—7, gibt einen Vortrag: «Europäische Integration und schweizerische Selbstbesinnung» wieder, den Minister Dr. A. Weitnauer (Bern) bei einer Tagung junger Freisinniger gehalten hat.

Informationen aus Ländern politischen und ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. Aus Europa: Im amerikanischen Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom Juli zieht Karl W. Roskamp «Lehren aus dem west*deutschen* Wirtschaftswunder». — Vom «Vertrauen in die *französische* Währung» spricht die «NZZ» am 7. 7. in Nr. 184. Die Wiener «Industrie» schildert in Heft 30 Pariser Gedanken und Vorbehalte zu Englands Europapolitik. — Das Thema: «EWG-Partner und *Griechenland*» findet die Beachtung von «Finanz und Wirtschaft» am 28. 7. — Mit dem Wesen der Erbschaftssteuern in *Großbritannien* befaßt sich Dr. H. Herold (Zürich) in der «Steuer-Revue», Nr. 7. Die «NZZ», Nr. 209 vom 1. 8., analysiert die englische Konjunkturpolitik. Mit dem Titel: «Der kranke Mann am Ärmelkanal» prüft der «Wochenbericht» Nr. 31 von Bär am 11. 8. die Ursachen der englischen Devisenkrise. Der «Economist» vom 12. 8. hält es für geboten, daß der britische Schatzkanzler im Streite mit den «white-collar unions» seine Politik des Lohnstopps weiter verteidigt. Der deutsche «Arbeitgeber» schildert am 20. 8. im Leitartikel: «Der Weg Englands» die ökonomischen Schwierigkeiten, mit denen das Land zu kämpfen hat. — Auch heute liefern die «Informationen aus *Österreich*» verwertbares Material zur Beurteilung der politischen, geschäftlichen und kulturellen Lage in ihrem Lande. Auf die «Entwicklung des österreichischen Kapitalmarktes» verweist die «SHZ» in einer Beilage: «Österreich-Schweiz» zu Nr. 28. — Auf eine «neue Situation in *Spanien*» macht die «SHZ» am 10. 8. aufmerksam. Von der Schweizerischen Bankgesellschaft ist im August eine Broschüre über «die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens» herausgegeben worden, die für Interessenten am Warenverkehr mit diesem Lande wertvoll sein wird.

2. Aus der übrigen Welt: Über die «*lateinamerikanische* Wirtschaftskonferenz in Punta del Este» (Uruguay) und ihre Ergebnisse informiert «Finanz und Wirtschaft» am 16., 19. und 23. 8.

Der *argentinische* Wirtschaftsminister, Dr. Roberto T. Alemann, beschreibt in «Finanz und Wirtschaft» am 14. 7. die Entwicklung seines Landes, «die schon begonnen hat». — «*Brasiliens* Wirtschaft und Börse» wird von demselben Presseorgan am 9. 8. gekennzeichnet. — «*Indien* und das private Auslandskapital» ist der Gegenstand einer Information aus Bombay für die «NZZ», Nr. 171 vom 24. 6. — Die gleiche Zeitung entwirft am 2. 8. (Nr. 210) ein Bild von «der *israelischen* Wirtschaft im Spiegel des Notenbankberichtes». — Auf «*Kanadas* Experimente mit dem Wechselkurs» geht der «Wirtschaftsbericht» der Bayerischen Staatsbank von Mitte Juli ein. — «Finanz und Wirtschaft» berichtet am 4. 7. über «*Kuwait* und das Erdölproblem der Welt» und am 11. 7. über «den Reichtum Kuwaits». —

Jede Orientierung über die jungen, schon jetzt oder in naher Zukunft selbständigen Staaten Afrikas ist willkommen; die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank liefern eine solche im August für *Tanganjika*.

Wirtschaftsnachrichten aus den USA

Der Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates bei der amerikanischen Präsidentschaft, Walter W. Heller, hat am 27. 7. in Bonn einen Vortrag über «wirtschaftliche Probleme und Wirtschaftspolitik der USA» gehalten; die Ansprache wurde am gleichen Tage als «Meldung Nr. 31» des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Spitzenorganisation der Handelskammern, wiedergegeben. «Aktuelles von Börse und Wirtschaft», herausgebracht von der Schweizerischen Volksbank, beschäftigt sich im August mit «der Arbeitslosigkeit in den USA». — «Amerika spricht von expansiver *Handelspolitik*»; so betont eine Unterrichtung der «SHZ», Nr. 27, aus New York. — *Finanzpolitisch* sondiert die «NZZ», Nr. 200 vom 23. 7., die Ursachen für das «Verschwinden der amerikanischen Goldverluste».

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Von «der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Osten», seinem «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)» berichtet die «Schweizerische Wirtschaftszeitung», Nr. 7/8. «Chruschtschews Wirtschaftspolitik» wird im Düsseldorfer «Industriekurier» vom 5. 8. geschildert; es heißt dort zutreffend: «Die fast unlösbare Problematik besteht in der Begünstigung einer dem Westen gleichenden modernen Konsumgüterindustrie oder in der Aufrechterhaltung einer doktrinären Bürokratie.» Als Anhäufung «utopisch sozialer Ziele» bezeichnet «Der Schweizer Arbeiter» am 17. 8. das neue Parteiprogramm der sowjetischen Kommunisten. — «Maos Agrarpolitik in der Sackgasse» wird von Hans-Georg Glaser (Essen) in Nr. 7 der «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» behandelt. — In Nr. 8 derselben Zeitschrift ist ein Artikel von Roland Nitsche (Wien): «Wirtschaft ohne Unternehmer — Eindrücke einer Ungarnreise» lesenswert. — «Die Rolle der Privatwirtschaft in Polen» skizziert die Wiener «Industrie» am 18. 8.

Von Anatol J. Michailowsky (München) fanden wir in Heft 8 der Zeitschrift «Wirtschafts-Dienst — Betriebsführung» wieder einen Aufsatz aus der Reihe: «Der Weltkommunismus als wirtschaftlicher Gegenspieler.» Der «Economist» vom 1. 7. untersucht die Gründe, warum es geboten ist, Handel mit Rußland zu treiben. Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 29. 7. macht den nach dem Westen geflüchteten Sekretär der staatlichen Plankommission in der Sowjetzone Deutschlands, Fritz Schenk, als wohlunterrichteten Kronzeugen namhaft für die Tatsache, daß die Kommunisten den West-Ost-Handel als politische Waffe zu benutzen wissen.

Sonstiges

Zum Abschlusse sei die Aufmerksamkeit noch auf die folgenden Aufsätze hingelenkt: Die «Zeitung für kommunale Wirtschaft» stellt in den Brennpunkt ihrer Ausgabe vom Juli die Gas- und vom August die Stromversorgung. Im «Wochenbericht» von Bär Nr. 27 wird ein Wort zugunsten der hohen Bodenpreise» ausgesprochen und in Nr. 28 werden «die Leiden des armen Großstädters (in den Ferien zu lesen)» erheiternd geschildert. Die «Revue Economique Franco-Suisse» hat in ihrer Nr. 2 die Freizeitgestaltung als *das* Problem von heute und morgen bezeichnet. Im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Juli wird das Hauptgewicht auf die Aufgaben der betrieblichen Konzentration gelegt. Professor Dr. Max Gürtler (Basel) schreibt in Nr. 4 der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» «Gedanken zur Autoversicherung» nieder. Die «Seite des Beraters» in den «Wirtschafts-Winken», Nr. 8, ist den «Vorteilen der Beratung durch unabhängige Spezialisten» gewidmet. Endlich fesselt im «Economist» vom 19. 8. eine ausführliche Darstellung: «World oil in transition» aus der Feder des bekannten amerikanischen Sachverständigen auf dem Gebiete der internationalen Mineralölwirtschaft, Walter Levy.

(Geschrieben anfangs September 1961.)

Hans Posse